

# Alle Wege offen halten

## Plädoyer für Klimaschutz, Konsumentenschutz & Beschäftigung und gegen ein Technologie-Verbot

Die österreichische Bundesministerin für Klimaschutz hat am 10. März 2021 in einem inoffiziellen Schreiben („Non-Paper“) mit 9 ihrer AmtskollegInnen die EU-Kommission dazu aufgefordert, ein Ausstiegsdatum für den Verkauf von Autos mit Verbrennungsmotoren zu nennen, um das EU-Klimaziel zu erreichen.

### Diese Politik eines Technologieverbotes ist falsch!

**Ein Verbrennungsmotor, der mit erneuerbaren Kraftstoffen (nachhaltigen bio- oder e-fuels) betrieben wird, ist grundsätzlich ebenso CO<sub>2</sub>-neutral wie ein Fahrzeug mit Elektro-Antrieb.**

Für die CO<sub>2</sub>-Bilanz beim Betrieb eines Fahrzeuges ist nicht die Technologie des Antriebsstrangs entscheidend, sondern der Einsatz von sauberer Energie – grünem Strom oder CO<sub>2</sub>-neutralem Kraftstoff. In einer über die Betriebsdauer hinausgehenden Lebenszyklus-Betrachtung, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von der Produktion bis zur Verwertung eines Fahrzeuges berücksichtigt, kann ein Verbrenner-Fahrzeug sogar besser abschneiden als Fahrzeuge mit anderen Antrieben.

### Ein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren würde ...

- **... das Ziel der zeitgerechten Erreichung von CO<sub>2</sub>-Neutralität massiv gefährden.**  
Die EU-Klimaziele sind im Verkehrsbereich in der vorgegebenen Zeit alleine durch den Ersatz bestehender Verbrenner-Fahrzeuge durch E-Fahrzeuge unmöglich zu erreichen. Die weiter existierende Bestandsflotte kann nur durch den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Kraftstoffen (nachhaltigen bio- und e-fuels) klimafit werden. Wer sich diese Option durch ein Technologie-Verbot wegnimmt, riskiert, sehenden Auges die Klimaziele zu verfehlen.
- **... die Möglichkeiten für Innovation und neue Entwicklungen in und rund um die Automobil-Industrie in massiver Weise einschränken.**  
Es ist Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu definieren – etwa: CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050. Dieses Ziel ist anerkannt und wird von allen Beteiligten ernst genommen. Es ist jedoch kontraproduktiv, wenn die Politik versucht, festzulegen, WIE ein solches Ziel erreicht wird. Verbote hemmen Innovationen und wirtschaftliche Entwicklungen. Dies gilt unabhängig davon, welche Technologie sich schließlich am Markt durchsetzt.
- **... potenziell das Vermögen von Millionen Österreicherinnen und Österreichern durch einen frühzeitigen Wertverlust ihrer Fahrzeuge mindern.**  
In Österreich sind derzeit rund 5 Millionen Pkw zugelassen. Ein Neuzulassungs-Verbot mit der Aussicht auf ein generelles Verbot von Verbrennungsmotoren gefährdet unmittelbar den Wiederverkaufswert dieser Fahrzeuge und greift damit direkt in das Vermögen der Menschen ein.

● **... soziale Ungleichheit verstärken und zu Mobilitäts-Armut führen.**

Die Hälfte der Autobesitzer hat noch nie ein Neufahrzeug erworben, rund 70 Prozent der Bestandsfahrzeuge haben einen Wiederverkaufswert von unter 10.000 Euro. Nicht jeder kann sich aus dem Stand ein neues Elektro-Fahrzeug leisten. Eine laufende Abgabenerhöhung für Bestandsfahrzeuge als Vorspiel zu einem Neuzulassungs-Verbot für Verbrenner trifft vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Sie sind es auch, deren Mobilität dadurch massiv eingeschränkt wird.

● **... tausende österreichische Arbeitsplätze gefährden und heimische Wertschöpfung aufs Spiel setzen.**

Innerhalb der österreichischen Automobil- und Motorrad-Wirtschaft, die einschließlich Zulieferbetriebe sowie der vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche rund 355.000 Personen beschäftigt, sind derzeit rund 25.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt mit der Fertigung von Motor- oder Getriebeteilen beschäftigt. Sie erwirtschaften pro Jahr einen Produktionswert von über 15 Milliarden Euro. Mit einem Verbrenner-Verbot wären diese (hoch) qualifizierten Arbeitsplätze akut gefährdet und heimisches Fertigungs-Know-how auf einen Schlag entwertet.

**Die unterzeichnenden Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen fordern Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, auf,**

- ❶ **in der EU für Technologie-Offenheit und damit gegen ein Zulassungs-Verbot für Verbrennungsmotoren einzutreten,**
- ❷ **sich in der EU für faire Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung und den Einsatz von erneuerbaren Kraftstoffen (nachhaltige bio- und e-fuels) einzusetzen, und**
- ❸ **sich in der EU für eine umfassende Lebenszyklus-Analyse zur Beurteilung der Klimarelevanz von Fahrzeugen auszusprechen.**

Entscheidend für die Klimafreundlichkeit eines Antriebes ist nicht die Art der Energieumwandlung, sondern die Nutzung nachhaltig erzeugter Energie. Die Herausforderung der Klima-Ziele lässt sich im Bereich der Mobilität nur durch Ausschöpfen aller Möglichkeiten bewältigen. Dazu zählen erneuerbare Kraftstoffe genauso wie Elektromobilität – aber auch attraktiverer öffentlicher Verkehr und aktive Mobilität wie Gehen und Radfahren!

**Ja zum Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050!**

**Nein zu einem Technologie-Verbot!**

OFFENER BRIEF AN DEN BUNDESKANZLER



DI Günther Apfalter  
President



Prof. DI Dr. h.c. Helmut List  
Chairman and CEO



DI F. Peter Mitterbauer, MBA  
Vorstandsvorsitzender



DI Stefan Pierer  
Vorstandsvorsitzender



Dr. Wolfgang Rapberger, Ing., MBA  
General Manger

KR Ing. Siegfried Wolf  
Unternehmer



Günther Kerle  
Sprecher und Vorsitzender



DI Johann Marihart  
Vorstandsvorsitzender



Ewald-Marco Münzer, BA, MBA  
CEO/CRO



Helmut Weiwurm  
Alleinvorstand



DI Oliver Schmerold  
Direktor



Mag. Gerald Kumrig  
Generalsekretär



Univ.-Prof. Dr. DI Bernhard Geringer  
Institutsvorstand



Univ.-Prof. Dr. DI Helmut Eichseder  
Institutsvorstand



Univ.-Prof. Dr. Christian Helmenstein  
Mitglied des Vorstands



Dr. Rainer Trefelik  
Bundesspartenobmann



Ing. Mag. Alexander Klacska  
Bundesspartenobmann



Johannes Schmuckenschlager  
Präsident